

**Antwort auf die Anfrage der AfD-Ratsgruppe Bielefeld an den Rat der Stadt Bielefeld für die Sitzung am 3. November 2022
Drucksachen-Nr. 4778/2020-2025**

Thema

Prozess für (mehr) kommunale Partizipation in Bielefeld

Text der Anfrage

Die Stadt Bielefeld möchte gemäß Drs. 4425/2020-2025 mehr kommunale Partizipation in Bielefeld erreichen und hat dazu basierend auf einem Arbeitspapier einen Planungsprozess angestoßen. Im begleitenden Arbeitsgremium soll auch ein Vertreter oder eine Vertreterin des „Netzwerks Bürger:innenbeteiligung“ sitzen, welches in einem Flyer (...) damit wirbt, dass auch aktuelle oder frühere Vertreter von Politik und Verwaltung in ihm aktiv sind. Dies birgt für das Arbeitsgremium die Gefahr parteipolitischer Doppelstrukturen, im Zuge derer auf indirektem Wege ein – wenn auch nicht explizit in dieser Funktion benannter – zusätzlicher Vertreter einer politischen Partei in das Gremium Einzug halten könnte, was wiederum informelle Mehrheitsverhältnisse zugunsten bestimmter politischer Ausrichtungen bzw. zuungunsten anderer politischer Ausrichtungen begründen oder verstärken könnte.

Im zugrundeliegenden Arbeitspapier ist zudem von der Zielsetzung die Rede, dass das Thema Partizipation bei den Auszubildenden und Studierenden der Stadt Bielefeld eine besondere Rolle einnehmen soll.

Frage

Wie wird gewährleistet, dass im begleitenden Arbeitsgremium parteipolitische Doppelstrukturen im oben beschriebenen Sinne vermieden werden?

Antwort

Ein Ausschluss von Vertreter*innen der Stadtgesellschaft, die einer politischen Partei zugehören, wäre wegen eines Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz rechtlich problematisch. Nach Art. 3 Abs. 3 GG darf niemand „wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“. Insofern ist die politische Anschauung als Anknüpfungspunkt für eine Diskriminierung oder Privilegierung verboten.

Die hier befürchtete politische Doppelstruktur rechtfertigt auch keine Ausnahme. Für die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe gibt es zum einen keine gesetzlichen Vorgaben, insbesondere muss kein Parteienproporz gewährleistet sein. Eine partizipative Zusammensetzung aus Rat- Verwaltung- Stadtgesellschaft stellt zum anderen grundsätzlich sicher, dass die Arbeitsgruppe eine gewisse politische Vielfalt bietet, die eine ausgewogene Willensbildung sicherstellt.

Erste Zusatzfrage

Wird die Stadtverwaltung prüfen, ob und inwieweit im Rahmen des Vorhabens zum Zwecke von Synergieeffekten eine Kooperation mit Dozenten und Studenten der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW erfolgen kann?

Antwort

Im Arbeitspapier „(Mehr) Kommunale Partizipation“ wird als Anregung beschrieben, dass das Thema Partizipation bei den Auszubildenden und Studierenden der Stadt Bielefeld eine besondere Rolle erhalten soll. Dieser Gedanke soll zu einem späteren Zeitpunkt mit den bei der Stadt Bielefeld zuständigen Organisationseinheiten (u. a. Amt für Personal, Personalrat) weiterverfolgt werden. Zu möglichen Kooperationen mit den an Aus- und Fortbildung sowie Studium der städtischen Mitarbeitenden beauftragten Bildungsträger und -anbieter – u.a. Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe sowie Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen – kann daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden.

Zweite Zusatzfrage

Als wie wichtig erachten der Oberbürgermeister und die Verwaltung für den Prozess hin zu mehr Partizipation eine offene und politisch tolerante Dialog- und Diskurskultur in der Stadtgesellschaft, die mit den Ansichten und Positionen politisch Andersdenkender sachlich sowie ohne Ausgrenzung und „Cancel Culture“ umgeht und offene Diskussionen zulässt?

Antwort

Grundsätzlich darf nach Art. 3 Abs. 3 GG niemand „wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“. Unabhängig hiervon stehen Oberbürgermeister, Verwaltungsvorstand und Verwaltung für ein offenes, tolerantes und wertschätzendes Miteinander ein – unabhängig beispielsweise von Herkunft, sexueller Orientierung, Religion oder auch politischen Ansichten und Weltanschauungen.